



Kein Platz für Rassismus - Demokratische Ordnung stärken und verteidigen!

Walter Lübcke Juni 2019, Halle Oktober 2019, Hanau Februar 2020, George Floyd USA Mai 2020... Diese rechtsradikalen, rassistischen Taten sind die Spitze eines Alltagsproblems. Deutschlandweit sind für 2019 insgesamt 22.337 rassistisch motivierte Straftaten gemeldet worden - Tendenz steigend. Die Dunkelziffer dürfte noch weit darüber liegen und zeigt deutlich, dass dies keineswegs „nur“ eine Randerscheinung ist. Auch die aktuelle Corona-Krise birgt zusätzliche Gefahren. Die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt sehen in der Coronakrise eine weitere Normalisierung von Antisemitismus und Rassismus.

So sagte Gideon Botsch, der Leiter der Forschungsstelle Antisemitismus am Moses-Mendelssohn-Zentrum in Potsdam, dass die „sehr rasante Dynamik der Aufheizung“ bei den Demonstrationen in den vergangenen Wochen neue rechtsterroristische Radikalisierungsschübe befürchten lässt.

Im Kampf für Demokratie und Freiheit hat das SPD-Präsidium bereits im August 2019 einen Aktionsplan verabschiedet. Die Demokratie müsse sich „viel konsequenter“ wehrhaft zeigen, heißt es im Beschluss des SPD-Präsidiums.

In sieben Punkten soll die demokratische Ordnung gestärkt werden. Es geht um die Zerschlagung rechter Netzwerke, das Waffenrecht und um Schutz und Unterstützung engagierter Demokratinnen und Demokraten, die sich für ein freies, friedliches Zusammenleben stark machen. Der Aktionsplan im Einzelnen:

1. BESSERER SCHUTZ VOR RECHTEN GEWALTTÄTERN – RECHTSEXTREME GEFÄHRDER SYSTEMATISCHER INS VISIER NEHMEN
2. RECHTSEXTREMISTEN ENTWAFFNEN – WAFFENRECHT KONSEQUENT ANWENDEN
3. GEGEN HASS UND HETZE – AKTIONSPPLAN GEGEN HASS IM NETZ
4. FUNKTIONIERENDER RECHTSSTAAT – SICHERHEITSBEHÖRDEN MÜSSEN ÜBER JEDEN ZWEIFEL ERHABEN SEIN
5. ZUSAMMENHALT STÄRKEN – DEMOKRATIE ACHTEN, LEBEN UND LERNEN
6. ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN IM KAMPF GEGEN RECHTSPOPULISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS – „DEMOKRATIE LEBEN!“
7. GEFÄHRDETE BÜRGERINNEN UND BÜRGER BESSER ÜBER RECHTSEXTREME BEDROHUNG INFORMIEREN UND UNTERSTÜTZEN

Auch das im Juni 2020 im Bundestag beschlossene Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität ist ein wichtiger Baustein. Wir schauen nicht

tatenlos zu, wie sich Hass und Hetze im Internet verbreitet. Die Morde in Hanau, Halle und Kassel zeigen deutlich, wie schnell aus Worten Taten werden!

Gerade jungen Menschen muss Demokratiebewusstsein vermittelt werden. Dazu gibt es viele gute Initiativen und Einrichtungen, wie beispielsweise das Anne Frank Haus des CVJM in Oldau, als Jugendbildungsstätte der Gedenkstätte Bergen-Belsen, die für Schulen und Jugendgruppen hervorragende jugendpolitische Bildungsangebote anbietet. Solche Maßnahmen und Angebote müssen auch zukünftig weiter gefördert werden, da das Thema an Aktualität leider nichts verloren hat. Auch in den Schulen müssen die Themen Menschenrechtspädagogik, Rassismus und Rechtsradikalismus weiter fester Bestandteil des Curriculums bleiben!

Auch die SPD Westerstede sieht sich in der Verantwortung sich klar gegen jegliches rechtsradikales, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut zu stellen! Jegliche Form von Alltagsrassismus ist mit unseren Grundüberzeugungen und Einstellungen nicht vereinbar!

WIR GEGEN RASSISMUS!